

Thomas Kaiser

Human Rights Defender
Investigation Division Germany

Menschenrechtsverteidiger

Richard-Wagner-Str. 16
D – 74074 Heilbronn / N
☎ 0 71 31 / 27 92 408
📠 0 71 31 / 27 92 407
📞 0 175 / 64 16 032
✉ h-r-d@tk-hn.de

Thomas Kaiser, Richard-Wagner-Straße 16, D-74074 Heilbronn/N

An den
Generalbundesanwalt am
Bundesgerichtshof
Brauerstraße 30
D-76135 Karlsruhe

Vorab per Fax
Fax-Nr: 0721 81 91 590

Heilbronn, 04.06.2018

Strafanzeige gegen Rechtsanwalt Ulrich Cramer
Geschäftsnummern im Amtsgericht München: 1517 K 56/13, 1540 K 276/14, 1510 K 277/14, 1513 IN 96/16, 1513 IN 98/16, 38 HL 7/17, 38 HL 618/17 u.a.

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Unterzeichner ist Zeuge von mehreren schweren Straftaten gegen gültige Gesetze in der Bundesrepublik Deutschland. Die örtlichen Behörden und Gerichte haben auf die Eingaben des Unterzeichners nicht reagiert bzw. diese abgewiesen. Aufgrund der vorliegenden und nachweisbaren Geschehnisse wird hiermit bei der obersten Strafverfolgungsbehörde des Bundes für Rechtsverletzungen von Amtspersonen erstattet:

Strafanzeige und Strafantrag

gegen

Rechtsanwalt Ulrich Cramer
Anwaltskanzlei und Insolvenzverwaltung
Flöther und Wissing
Heiliggeiststraße 7+8
80331 München

sowie gegen alle weiteren involvierten Dienstvorgesetzten wegen des Verdachts der Straftaten sowie Duldung und Förderung von

Amtsanmaßung	gemäß § 132 StGB
Unterschlagung	gemäß § 246 Abs. 1 - 3 StGB
Verschleierung	gemäß § 261 Abs. 1 - 9 StGB
Betrug	gemäß § 263 Abs. 1 - 6 StGB
Veruntreuung	gemäß § 266 Abs. 1 + 2 StGB
Rassendiskriminierung	gemäß § 130 Abs. 1, 1+2 StGB
Fortgesetzter Verstoß gegen das	sowie Art. 3 EMRK
	EU-DSGVO

sowie alle zusätzlich in Betracht kommenden weiteren Delikte.

Die Geschädigten sind: **Dr. Stefan Luth**, geboren am **10.06.1948** in **München**
Deutschland, und Ehefrau
Lidia Luth, geborene **Salah**, am **09.06.1972** in
München, Deutschland, derzeit wohnhaft gemeldet:
Soeile Sharah El Chajal 6
11190 Amman
Jordanien

In Kooperation
mit:



United Nations
Human Rights

Office of the High Commissioner



Human Rights

Gemäß der UN-Resolution
A/RES/53/144 vom
09.12.1998 gelistet in der:



Leitsätze:

Es darf absolut niemandem verwehrt sein, wegen der Herkunft, der Hautfarbe, der Sprache, des Geschlechts, des Glaubens, Wohlstands, Alters, der Meinung und der Orientierung um sein Recht zu kämpfen.

Wer das Recht des Anderen mit Füßen tritt, wird selbst kein Recht erfahren.

Zum Sachverhalt:

Der Unterzeichner ist befugt und berechtigt, diese Strafanzeige zu erstatten. Der Unterzeichner wurde sowohl bei Behörden, bei Gerichten sowie gegenüber dem Beschuldigten mehrfach als Bevollmächtigter ausgewiesen. Aufgrund der über einem Jahr andauernden Zusammenarbeit zwischen den Geschädigten und dem Unterzeichner können die Vorkommnisse wahrheitsgemäß bezeugt werden.

Die Geschädigten betrieben eine Zahnarzt-Praxis in München und besaßen 3 Immobilien, ebenfalls in München.

Der Beschuldigte wurde im Zuge mehrerer Zwangsvollstreckungsmaßnahmen zum Nachteil der Geschädigten (siehe o.g. Aktenzeichen des Amtsgerichts München) als vorläufiger Verwalter eingesetzt. Der Beschluss umfasste die Schätzung und Erfassung des Vermögens des Geschädigten **Dr. Stefan Lüh**, um festzustellen, ob sein Vermögen ausreicht, um das rechtliche Interesse an einer Insolvenz zu verneinen.

Im Zuge der hier benannten vorläufigen Insolvenzverfahren wurden vom Beschuldigten auch Erstattungsbeträge des Finanzamts München sowie weitere Firmengelder aus der o.g. Zahnarzt-Praxis beschlagnahmt. Die vorläufigen Insolvenzverfahren wurden am 11.08.2016 eingestellt. Der Beschuldigte hat trotz mehrfachen schriftlichen Aufforderungen durch die Geschädigten und dem Unterzeichner bis zum heutigen Tag keinerlei Dokumente an die Geschädigten zustellen lassen, aus denen hervorgeht, in welchem Umfang seine Tätigkeit bestand, was mit den beschlagnahmten Drittgeldern geschehen ist und warum er diese Drittgelder zurück behält, weshalb Fristen verstrichen und der Rechtsweg bewusst vereitelt wurde. Stattdessen wurden alle Dokumente zunächst an das Insolvenzgericht München übergeben, welches diese an den nicht mandatierten RA **Dr. Ulrich Reichert, Olchinger Straße 90, 82194 Gröbenzell** b. München, weiterleitete. Über das Nichtbestehen eines Mandats zu dem RA **Dr. Ulrich Reichert** wurde der Beschuldigte von den Geschädigten mehrfach in Kenntnis gesetzt.

Die einzige Reaktion von dem Beschuldigten war sein Schreiben vom 08.08.2017 mit dem Geschäftszeichen 357.16-GM an den Unterzeichner, in dem der die Bevollmächtigung des Unterzeichners negierte, obwohl diese von den Geschädigten mit handschriftlichem Schreiben vom 28.07.2017 an den Beschuldigten zweifelsfrei formuliert wurde.

Beweis: Handschriftliches Schreiben des Geschädigten vom 28.07.2017 – **Anlage L1**
Schreiben des Unterzeichners vom 29.07.2017 – **Anlage L2**
Schreiben des Beschuldigten vom 08.08.2017 – **Anlage L3**

Auf weitere Anschreiben des Unterzeichners vom 22.01.2018 und 12.03.2018 hat der Beschuldigte nicht mehr reagiert.

Beweis: Schreiben des Unterzeichners vom 22.01. und 12.03.2017 – **Anlage L4 + L5**

Auf Anfrage bei der Hinterlegungsstelle des Amtsgerichts München wurde mitgeteilt, dass vom Beschuldigten keine Beträge für die Geschädigten hinterlegt wurden.

Hierbei handelt es sich um folgende Summen (Geschätzt, da Belege hartnäckig verweigert werden):

Aus der Beschlagnahmung der Rückerstattung des Finanzamts:	ca.	219.000 €
Aus der Beschlagnahmung der Firmengelder der Zahnarztpraxis:	ca.	25.000 €
Honorar ohne Belege aus der Tätigkeit des Beschuldigten:	ca.	120.000 €

Gesamtsumme der unterschlagenen bzw. nicht nachgewiesenen Beträge:	ca.	364.000 €

Ein einziges Mal konnte der Beschuldigte von der Ehefrau des Geschädigten telefonisch erreicht werden. Hierbei wurde vom Beschuldigten geäußert:

„Kanaken bekommen von mir kein Geld.“

Da die Geschädigten dem muslimischen Glauben angehören (die Ehefrau ist Jordanierin), ist es in dieser Religion nach islamischem Recht Tradition, der Ehefrau ein Brautgeld zu überlassen. Durch die rassistischen Äußerungen des Beschuldigten ist anzunehmen, dass er bewusst Drittgelder aus den o.g. Insolvenzverfahren zurückbehalten hat, womit der Ehefrau des Geschädigten das Brautgeld, welches den Rang einer Existenzsicherung hat, ebenfalls rechtswidrig entzogen wurde.

Zudem ist festzustellen, dass der Beschuldigte mehrfach gegen die jetzt in Kraft getretene EU-DSGVO verstoßen hat, indem er bewusst ermittelte Daten an Gerichte und nicht mandatierte Rechtsanwälte weitergegeben hat, obwohl er dazu keine Einwilligung der Geschädigten hatte. In diesem Zusammenhang kann nicht argumentiert werden, dass die EU-DSGVO erst ab dem 25.05.2018 in Kraft trat, denn das bisherige Bundesdatenschutzgesetz galt auch schon vorher und beinhaltete strenge Regelungen im Umgang mit vertraulichen und Personenbezogenen Daten. Dieses Gesetz wurde also schon in seiner vorherigen Fassung erheblich verletzt, nachdem sich der Beschuldigte beharrlich weigerte, den Geschädigten auf deren Aufforderung die vorliegenden Daten und deren Verwendung mitzuteilen. Nachdem die hier betreffenden Daten bereits seit 2016 in rechtswidriger Weise weitergegeben und verarbeitet wurden und dieser Prozess mit dem Inkrafttreten der neuen EU-DSGVO nicht gestoppt bzw. der Aufforderung der Geschädigten nicht nachgekommen wurde, ist auch hier der andauernde Verstoß des EU-DSGVO offenkundig.

Damit sind alle zuvor benannten Straftaten vollumfänglich erfüllt. Es bleibt die Frage im Raum, ob der Beschuldigte weiterhin in der Lage ist, seine bisherige Tätigkeit gesetzeskonform auszuüben.

Über alle diese Geschehnisse wurde sowohl die Anwaltskammer in München wie auch die Staatsanwaltschaft München in Kenntnis gesetzt, doch den Geschädigten wurde von diesen Stellen nahegelegt, sich damit an den Generalbundesanwalt zu wenden, da es sich bei dem Beschuldigten um eine Amtsperson handelt, die Drittgelder unterschlagen hat, und die Staatsanwaltschaft in München diese Anzeige nicht annehmen wollte. Auch das Amtsgericht München als die weisungsbefugte Stelle sah sich außer Stande, hier etwas zu unternehmen und verwies ebenfalls die Geschädigten an den Generalbundesanwalt.

Daher werden Sie aufgefordert, ein Ermittlungsverfahren in Verbindung mit einem Berufsverbot gegen den Beschuldigten einzuleiten (siehe §§ 142a Abs. 3 Satz 1 + 2, 145 Absatz 1 und 147 Abs. 1 in Verbindung mit 146 GVG) und dem Unterzeichner das Aktenzeichen dieses Ermittlungsverfahrens mitzuteilen. Ferner möchte der Unterzeichner über das Ergebnis des Ermittlungsverfahrens informiert werden.

Dieses Schreiben wird zur Wahrung der freiheitlich demokratischen Grundordnung dieses Landes und in Bezug auf das allgemeine Interesse der Bevölkerung öffentlich gemacht.

Hochachtungsvoll

Thomas Kaiser
Menschenrechtsverteidiger

Humanitäre Tätigkeit im Auftrag der international festgelegten Menschenrechte
Gemäß der UN-Resolution A/RES/53/144 vom 09.12.1998

Stefan Luth

Sajid Sherah El Araich 6

11180 Amman / Jordanien

RA Ulrich Cramer

28.7.17

Heddy - Post - Str. 7 + 8

München

per Fax: 089-189 17 17 26

Betr. ca 219.000,- Euro, angerechnet durch FA
auf ihr Konto

Sehr geehrte Herr Cramer,

Von FA habe ich erfahren, daß Sie ca 219.000,- Euro
von FA fiktivlicherweise erhalten haben, welches mir
zuteilt. Sie haben es gefahrlos weitergeben, mir dieses
mitzuteilen.

Herr Thomas Krieger, Richard-Wagner-Str. 16 aus Hüllstamm
wird Sie in den nächsten Tagen kontaktieren, um das Geld
für mich zurückfordern. Hierzu wird er Ihnen mehrere
Kontennummern mitteilen. Sie haben das Geld zuzüglich
Zinsen unverzüglich an mich ausbezahlen. Andernfalls
zwingen Sie mich, darüber nachzudenken, Strafanzeige
gegen Sie zu stellen.

Sie haben es zu verhindern, das Geld an RA ~~Reichart~~
zu überweisen. Ich habe Ihnen im Oktober 2016
bereits mitgeteilt, daß RA ~~Reichart~~ nicht mein Anwalt
ist und auch keine wirksamen Empfangsvollmachten hat.
Alle Vollmachten wurden RA ~~Reichart~~ entzogen.

Dennoch haben Sie Geld aus der Erbverteilung
Friedastraße und Türkenstraße ^{an mich} überwiesen.

Mit Ihrer Handlung ist mir ein Schaden entstanden,
den Sie mir zu ersetzen haben. Auch haben Sie
Zinsen vom Zeitraum August bis Dezember 2016
an mich zu bezahlen, da Sie das Geld trotz
Beendigung der Zwangsverwaltung auf Ihrem Konto
belassen haben.

Nachdem bekannt ist, daß meine Frau Jordanienin ist,
auch ich zum Islam konvertiert bin, empfinde ich
ein solches Verhalten islam- und moslemfeindlich.

Dan wäre ein Grund, den Vorgang ^{mit} der Antidiskriminierungsstelle
zu diskutieren.

Hochachtungsvoll

~~Leh~~

Thomas Kaiser

Human Rights Defender
Investigation Division Germany

Menschenrechtsverteidiger

Thomas Kaiser, Richard-Wagner-Straße 16, D-74074 Heilbronn/N

Flöther & Wissing

Insolvenzverwaltung

Rechtsanwalt Ulrich Cramer

Heiligegeiststraße 7+8

80331 München

Heilbronn, 29.07.2017

Vollstreckungen vom Finanzamt München gegen die Eheleute Lüh Hier die Rückerstattung des Guthabens vom Finanzamt München

Sehr geehrter Herr Cramer

im Namen und im Auftrag der Eheleute Dr. Stefan und Lidia Lüh vertrete ich ihre Interessen. Die Vollmacht hierüber wird versichert.

Nach den mir vorliegenden Dokumenten wurde Ihnen von Finanzamt München – Abteilung Erhebung, Bearbeitungsstelle Ingolstadt – Finanzkasse bereits am 10.06.2016 der Überzahlungsbetrag von 219.312,26 € zur unverzüglichen Weiterleitung an die Eheleute Lüh überwiesen. Dieser Betrag ist bis heute nicht bei den Eheleuten Lüh angekommen. Auch wurden die Eheleute Lüh mit keiner Silbe von Ihnen darüber in Kenntnis gesetzt.

Somit fordere ich Sie für die Eheleute Lüh auf, den hier benannten Überzahlungsbetrag vom Finanzamt München unverzüglich und ohne irgendwelche Abzüge, allerdings zuzüglich der seit 10.06.2016 angefallenen Zinsen und Zinseszinsen auf nachfolgendes Konto zu überweisen:

IBAN: AT44 3505 6000 0105 8963
BIC: RVSAAT25056

Den Eingang Ihrer Überweisung erwarten wir **bis spätestens 11.08.2017**.

Zudem fordere ich Sie für die Eheleute Lüh auf, mir detaillierte Aufstellungen über Ihre Tätigkeiten im Rahmen der Insolvenzverwaltung der Eheleute Lüh insbesondere über die Zwangsversteigerungen der 3 Immobilien Frickastraße, Türkenstraße sowie Gudrunstraße zuzusenden. Die Eheleute Lüh haben ein gesetzliches Recht auf diese Informationen, was Ihnen sicherlich auch bekannt ist.

Meine Tätigkeit entspricht keinesfalls einer Anwaltstätigkeit, sondern hat vollumfänglich humanitären Charakter.

Mit freundlichem Gruß

Thomas Kaiser

Anlagen: Kopie Schreiben des Finanzamts München vom 26.07.2017
Kopie Schreiben von Herrn Dr. Stefan Lüh vom 28.07.2017 per Fax

Richard-Wagner-Str. 16
D – 74074 Heilbronn / N
0 71 31 / 27 92 408
0 71 31 / 27 92 407
0 175 / 64 16 032
h-r-d@tk-hn.de

Wir arbeiten in
Cooperation mit:



United Nations
Human Rights

Office of the High Commissioner

Mitglied und Unterstützer von:



THE HUMANS

INTERNATIONAL ASSOCIATION of
HUMAN RIGHTS DEFENDERS
IAoHRD

Gemäß der UN-Resolution
A/RES/53/144 vom
09.12.1998 gelistet in der:



Leitsätze:

Es darf absolut niemandem verwehrt sein, wegen der Herkunft, der Hautfarbe, der Sprache, des Geschlechts, des Glaubens, Wohlstands, Alters, der Meinung und der Orientierung um sein Recht zu kämpfen.

Wer das Recht des Anderen mit Füßen tritt, wird selbst kein Recht erfahren.

FLOETHER & WISSING

INSOLVENZVERWALTUNG

Per Telefax (0 71 31) 2 79 24 07

FLOETHER & WISSING | INSOLVENZVERWALTUNG
Heiliggeiststraße 7+8 • 80331 MünchenHerrn
Thomas Kaiser
Richard-Wagner-Straße 16
74074 Heilbronn

Kanzlei München

FLOETHER & WISSING Insolvenz-
verwaltung München GmbHHeiliggeiststraße 7+8
80331 München

Telefon: (0 89) 1 89 17 17 - 0

Telefax: (0 89) 1 89 17 17 - 26

E-Mail: muenchen@floether-wissing.de

Homepage: www.sanierungskultur.de

München, 8. August 2017
Unser Zeichen: 357.16-GMAnsprechpartner: Rechtsanwalt
Ulrich Cramervormaliges Insolvenzeröffnungsverfahren über das Vermögen des Herrn LÜTH, Dr. Stefan
Amtsgericht München, Geschäftsnummer 1513 IN 96/16, 1513 IN 1198/16
hier: Ihr Schreiben vom 29. Juli 2017; Bevollmächtigung

Sehr geehrter Herr Kaiser,

wie Sie bereits selbst mitteilen, entspricht Ihre Tätigkeit keinesfalls einer Anwaltstätigkeit. Somit ist die „Versicherung“ Ihrer Bevollmächtigung keinesfalls ausreichend, Daten der Eheleute LÜTH an Sie herauszugeben.

Weder haben Sie eine Vertretungsbefugnis noch eine Geldempfangsvollmacht nachgewiesen. Wie sich aus dem angeblichen Schreiben Ihrer angeblichen Auftraggeber ergibt, legen diese großen Wert auf die ordnungsgemäße Bevollmächtigung ihrer Vertreter. Ich fordere Sie daher auf, Ihre ordnungsgemäße und gültige Bevollmächtigung nachzuweisen.

Auskünfte können daher derzeit nicht erfolgen, Zahlungen auf nicht näher erklärte Auslandskonten ohnehin

BERLIN • CHEMNITZ • DRESDEN • FULDA • HALLE • HOLZKIRCHEN • LANDSHUT • LEIPZIG • MAGDEBURG • MANNHEIM • MÜNCHEN

Dr. Ulrike Beck LL.M. oec.	Dirk Becker	Uwe Barthold	Dr. Wolfgang Breidenbach	Ulrich Cramer	Reiko Dambach
Andreas Dickmann	Henrik Engelmann	Prof. Dr. Lucas F. Floether	Antje Hadamir	Tobias Hohmann	
Wolfgang Kleine Regierungsräsident a. D.	Anne-Cathrin Korb	Wolfgang Metachke	Mandy Mautz		
Erik Plotenauer	Dirk Ritzenhoff	Swen Rubel	Benjamin Schröder	Thomas Unterstein	Andreas Wisning

nicht vorgenommen werden,

Mit freundlichen Grüßen

FLÖTHER & WISSING | INSOLVENZVERWALTUNG

für

Cramer

Fachanwalt für Insolvenzrecht
als vorm. vorl. Insolvenzverwalter


Rechtsanwalt

Thomas Kaiser

Human Rights Defender
Investigation Division Germany

Menschenrechtsverteidiger

Thomas Kaiser, Richard-Wagner-Straße 16, D-74074 Heilbronn/N

Flöther & Wissing

Insolvenzverwaltung

Rechtsanwalt Ulrich Cramer

Heiligegeiststraße 7+8

80331 München

Heilbronn, 22.01.2018

Insolvenzverfahren über das Vermögen des Herrn Dr. Stefan Lohm
Amtsgericht München, Geschäftsnummer 15 13 IN 96/16, 15 13 IN 98/16 u.a.

Guten Tag Herr Cramer,

in den hier oben benannten Rechtsangelegenheiten sind Sie als Jurist tätig geworden. Diesbezüglich habe ich als Menschenrechtsverteidiger gemäß der UN-Resolution A/RES/53/144 vom 09.12.1998 die Pflicht, Ihnen folgendes mitzuteilen:

Als studierter Jurist ist Ihnen bekannt, dass in der Bundesrepublik Deutschland das Grundgesetz als ranghöchstes Gesetz, welches am 23.05.1949 erstmals aufgrund der Maßgabe der alliierten Siegermächte verkündet wurde, unumstößliche Rechtskraft hat. Auch ist Ihnen das Gesetz zur Aufhebung des Besatzungsrechts vom 30.05.1956 bekannt, insbesondere die Teile, in denen festgelegt wurde, welche SHAEF-Gesetze und militärischen Verordnungen davon unberührt geblieben sind. Ferner sind Ihnen die Bundesbereinigungsgesetze, bestehend aus dem 1. Teil, in Kraft getreten am 25. April 2006 (BGBl. I, S. 866), dem 2. Teil, in Kraft getreten am 30. November 2007 (BGBl. I, S. 2614) sowie dem letzten Teil, in Kraft getreten am 09. Dezember 2010 (1866 BGBl. Jahrgang 2010 Teil I Nr. 63), bekannt, die voll wirksames Bundesrecht sind.

Obwohl Sie alle diese Gesetze genau kennen (oder kennen sollten), haben Sie insbesondere in den oben benannten Rechtsangelegenheiten eben diese Gesetze ignoriert und in eklatanter Weise unzählige Rechtsbeugungen bzw. Rechtsbrüche sowie weitreichende Menschenrechtsverletzungen begangen. Damit haben Sie bewusst und willentlich gegen eine Vielzahl von gültigen Gesetzen verstoßen und kriminelle Handlungen vollzogen, was als Landfriedensbruch sowie als Landeshochverrat zu werten ist.

Sowohl dieses Schreiben wie auch die von Ihnen vollzogenen und hier beweisbaren kriminellen Handlungen werden namentlich unverzüglich an nachfolgende Instanzen weitergeleitet:

1. **International Bar Association**
4th floor 10 St Bride Street
London EC4A 4AD
United Kingdom
2. **U.S. Department of Justice**
950 Pennsylvania Avenue, NW
Washington, DC 20530-0001
United States of America

Richard-Wagner-Str. 16
D – 74074 Heilbronn / N
0 71 31 / 27 92 408
0 71 31 / 27 92 407
0 175 / 64 16 032
h-r-d@tk-hn.de

Wir agieren in
Kooperation mit:



**United Nations
Human Rights**

Office of the High Commissioner

Mitglied und Unterstützer von:



THE HUMANS

INTERNATIONAL ASSOCIATION of
HUMAN RIGHTS DEFENDERS
IAoHRD

Gemäß der UN-Resolution
A/RES/53/144 vom
09.12.1998 gelistet in der:



Leitsätze:

Es darf absolut niemandem verwehrt sein, wegen der Herkunft, der Hautfarbe, der Sprache, des Geschlechts, des Glaubens, Wohlstands, Alters, der Meinung und der Orientierung um sein Recht zu kämpfen.

Wer das Recht des Anderen mit Füßen tritt, wird selbst kein Recht erfahren.

3. **High Commissioner for Human Rights (OHCHR)**
Palais des Nations
CH-1211 Geneva 10
Switzerland
4. **Office of the Special Rapporteur for Human Rights Defenders (OHCHR)**
Rue des Pâquis 52
CH-1201 Genève
Switzerland
5. **Jordanische Botschaft**
Botschafter **HE Basheer Zoubi**
Heerstraße 201
D-13595 Berlin

Kraft der Befugnis als Menschenrechtsverteidiger gemäß der UN-Resolution A/RES/53/144 vom 09.12.1998 werden Sie hiermit aufgefordert,

- a. alle Rechtstätigkeiten im Zuge des hier benannten Insolvenzverfahrens des Herrn **Dr. Stefan Luth** und seiner Ehefrau **Lidia Luth** lückenlos nachzuweisen,
- b. alle geflossenen Geldbeträge im Zusammenhang Ihrer Rechtstätigkeiten gegenüber Herrn **Dr. Stefan Luth** und seiner Ehefrau **Lidia Luth** lückenlos nachzuweisen,
- c. sämtliche Korrespondenz innerhalb Ihrer Rechtstätigkeit für oder gegen Herrn **Dr. Stefan Luth** und seiner Ehefrau **Lidia Luth** in Kopie auszuhändigen,
- d. alle einbehaltenen Geldbeträge unverzüglich auf das Ihnen bekannte Konto des Herrn **Dr. Stefan Luth** (siehe mein Schreiben vom 29.07.2017) zu überweisen, oder diese Beträge bei der Hinterlegungsstelle des Amtsgerichts München zu deponieren.

Eine Widersetzung dieser Aufforderung stellt eine weitere kriminelle Handlung im Zusammenhang mit Rechtsbeugungen, Rechtsbrüchen sowie Menschenrechtsverletzungen und damit fortgesetzten Landfriedensbruch sowie Landeshochverrat dar, welche strafrechtlich verfolgt werden.

Ihnen wird Gelegenheit gegeben, innerhalb einer Frist von 10 (Zehn) Kalendertagen ab Zustellung dieses Schreibens hierzu Stellung zu nehmen und zu erklären, wie Sie die Rechtsverstöße in den hier benannten Rechtstätigkeiten unverzüglich abstellen werden. Insbesondere werden die korrekten Rückabwicklungen aller von Ihnen vollzogenen Rechtstätigkeiten unverzüglich gefordert.

Wichtiger Hinweis:

Das Ignorieren dieses Schreibens bedeutet nach internationalem Recht strafrechtliche Folgen für Sie. Sämtliche Maßnahmen gegen den Unterzeichner dieses Schreibens zu seinem Nachteil sind gleichfalls als Rechtsbruch, als kriminelle Handlung, als Landfriedensbruch sowie als Landeshochverrat zu werten, was – wie bereits dargelegt – strafrechtlich verfolgt wird.

Diese Aufforderung wird öffentlich gemacht.

Eigenhändig unterschrieben und damit juristisch rechtswirksam

Thomas Kaiser
Menschenrechtsverteidiger

Humanitäre Tätigkeit im Auftrag der international festgelegten Menschenrechte
Gemäß der UN-Resolution A/RES/53/144 vom 09.12.1998

Thomas Kaiser

Human Rights Defender
Investigation Division Germany

Menschenrechtsverteidiger

Richard-Wagner-Str. 16
D – 74074 Heilbronn / N
☎ 0 71 31 / 27 92 408
📠 0 71 31 / 27 92 407
📞 0 175 / 64 16 032
✉ h-r-d@tk-hn.de

Thomas Kaiser, Richard-Wagner-Straße 16, D-74074 Heilbronn/N

Flöther & Wissing

Insolvenzverwaltung

Rechtsanwalt Ulrich Cramer

Heiligegeiststraße 7+8

80331 München

Heilbronn, 12.03.2018

Insolvenzverfahren über das Vermögen des Herrn Dr. Stefan Lüh
Amtsgericht München, Geschäftsnummer 15 13 IN 96/16, 15 13 IN 98/16 u.a.

Guten Tag Herr Cramer

auf die Ihnen zugestellten Schreiben vom 29.07.2017 und 22.01.2018 sind Sie nicht eingegangen, was zu der Schlussfolgerung führt, dass Sie nicht bereit sind, gültige Gesetze einzuhalten. Deshalb war es erforderlich, entsprechende Maßnahmen einzuleiten.

Eine dieser Maßnahmen war, Ihre Haftpflichtversicherung über diese Vorgänge in Kenntnis zu setzen mit dem Hinweis, dass Sie persönlich für die von Ihnen zu verantwortenden Schäden an Herrn Dr. Stefan Lüh und seiner Frau haftbar gemacht werden. Um festzustellen, wo genau Sie haftpflichtversichert sind, wurden gemäß den Informationen des Impressums der Internetseite der Kanzlei Flöther & Wissing sowohl die Allianz Deutschland AG in München, die HDI-Gerling Talanx Deutschland AG in Hannover sowie die ERGO Versicherungsgruppe AG (vormals Victoria) in Düsseldorf angeschrieben.

Letztmalig wird Ihnen die Gelegenheit gegeben, eine detaillierte Aufstellung aller von Ihnen durchgeführten Tätigkeiten als Insolvenzverwalter sowie alle Drittgelder aus allen Immobilien-Zwangsversteigerungen sowie den Drittgeldern vom Finanzamt München zu offenbaren und die zu Unrecht einbehaltenen Geldbeträge unverzüglich auf das Konto von Herrn Dr. Stefan Lüh zu überweisen. Hier nochmals die Bankverbindung:

IBAN: AT44 3505 6000 0105 8963
BIC: RVSAAT25056

Auf dem Konto von Herrn Dr. Stefan Lüh eingehend erwarten wir die Geldeingänge sowie die Aufstellungen auf dem Postweg. **bis spätestens 23.03.2018.**

Ignorieren Sie weiterhin diese Aufforderung, zu der der Unterzeichner von Herrn Dr. Stefan Lüh schriftlich und ausdrücklich bevollmächtigt wurde, wird das weitere Folgen nach sich ziehen. Nach wie vor bevorzugen wir eine friedliche Lösung. Eine Verweigerung Ihrerseits wird allerdings auf keinen Fall geduldet. Auch Sie als Rechtsanwalt und Insolvenzverwalter sind dem Gesetz unterworfen und haben nicht das Recht, dieses nach Ihren eigenen Rechtsauffassungen auszulegen oder zu ignorieren.

Eigentlich sollten Sie als Jurist das folgende Urteil des BVerfG 2 BvR 2699/10 Rn 11, dazu kennen. Zur Erinnerung hier auszugsweise:

In Kooperation
mit:



United Nations
Human Rights

Office of the High Commissioner



Human Rights

Gemäß der UN-Resolution
A/RES/53/144 vom
09.12.1998 gelistet in der:



Leitsätze:

Es darf absolut niemandem verwehrt sein, wegen der Herkunft, der Hautfarbe, der Sprache, des Geschlechts, des Glaubens, Wohlstands, Alters, der Meinung und der Orientierung um sein Recht zu kämpfen.

Wer das Recht des Anderen mit Füßen tritt, wird selbst kein Recht erfahren.

„c) Ein Anspruch auf eine effektive Strafverfolgung kann auch dort in Betracht kommen, wo der Vorwurf im Raum steht, dass Amtsträger bei Wahrnehmung hoheitlicher Aufgaben Straftaten begangen haben, weil ein Verzicht auf eine effektive Verfolgung solcher Taten zu einer Erschütterung des Vertrauens in die Integrität staatlichen Handelns führen kann. In diesen Fällen muss bereits der Anschein vermieden werden, dass gegen Amtswalter des Staates weniger effektiv ermittelt wird oder dass insoweit erhöhte Anforderungen an eine Anklageerhebung gestellt werden.“

Es liegt alleine an Ihnen, wie diese Angelegenheiten ausgehen. Vergessen Sie in Ihrem Interesse nicht den Termin **23.03.2018**.

Wichtiger Hinweis:

Das Ignorieren eines legitimierten Menschenrechtsverteidigers der Vereinten Nationen sowie dieses Schreibens bedeutet nach internationalem Recht weitere strafrechtliche Folgen. Sämtliche Maßnahmen gegen den Unterzeichner dieses Schreibens zu seinem Nachteil sind gleichfalls als Rechtsbruch, als kriminelle Handlung, als Landfriedensbruch sowie als Landeshochverrat zu werten, was – wie bereits dargelegt – strafrechtlich verfolgt wird.

Dieses Schreiben wird zur Wahrung der freiheitlich demokratischen Grundordnung dieses Landes und in Bezug auf das allgemeine Interesse der Bevölkerung öffentlich gemacht.

Mit freundlichen Grüßen

Thomas Kaiser
Menschenrechtsverteidiger

Humanitäre Tätigkeit im Auftrag der international festgelegten Menschenrechte
Gemäß der UN-Resolution A/RES/53/144 vom 09.12.1998

Anlage: Schreiben an die Allianz Deutschland AG in München
Schreiben an die HDI-Gerling Talanx Deutschland AG in Hannover
Schreiben an die ERGO Versicherungs-gruppe AG (vormals Victoria) in Düsseldorf

SENDEBERICHT

ZEIT : 04/06/2018 13:09
 NAME : TK-CEM - IT-DIENSTE
 FAX : 0049-7131-2792407
 S-NR. : BROF8F720766

DATUM/UHRZEIT	04/06 12:55
FAX-NR. /NAME	007218191590
Ü.-DAUER	00:14:03
SEITE(N)	12
ÜBERTR	OK
LESBARKEIT EVTL BEEINTRÄCHTIGT AUF SEITE	01, 02, 03, 04, 05, 06, 07, 08, 09, 10, 11, 12
MODUS	FEIN PC-FAX

04/06/2018 13:51

Seite 1/12

Thomas Kaiser

Human Rights Defender
 Investigation Division Germany
 Menschenrechtsverteidiger

Richard-Wagner-Str. 16
 D - 74074 Heilbronn / N
 ☎ 0 71 31 / 27 92 408
 📠 0 71 31 / 27 92 407
 📞 0 175 / 64 16 032
 ✉ h-r-d@tk-hn.de

Thomas Kaiser, Richard-Wagner-Straße 16, D-74074 Heilbronn/N

An den
 Generalbundesanwalt am
 Bundesgerichtshof
 Brauerstraße 30
 D-76135 Karlsruhe

Vorab per Fax
 Fax-Nr: 0721 81 91 590

Heilbronn, 04.06.2018

In Kooperation
 mit:



United Nations
 Human Rights

Office of the High Commissioner

Strafanzeige gegen Rechtsanwalt [REDACTED]
Geschäftsnummern im Amtsgericht München: 1517 K 56/13, 1540 K 276/14, 1510 K 277/14, 1513 IN 96/16, 1513 IN 98/16, 38 HL 7/17, 38 HL 618/17 u.a.

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Unterzeichner ist Zeuge von mehreren schweren Straftaten gegen gültige Gesetze in der Bundesrepublik Deutschland. Die örtlichen Behörden und Gerichte haben auf die Eingaben des Unterzeichners nicht reagiert bzw, diese abgewiesen. Aufgrund der vorliegenden und nachweisbaren Geschehnisse wird hiermit bei der obersten Strafverfolgungsbehörde des Bundes für Rechtsverletzungen von Amtspersonen erstattet:

Strafanzeige und Strafantrag

gegen

Rechtsanwalt [REDACTED]
Anwaltskanzlei und Insolvenzverwaltung
[REDACTED]
[REDACTED]
München



Human Rights

Gemäß der UN-Resolution
 A/RES/53/144 vom
 09.12.1998 gelistet in der:



sowie gegen alle weiteren involvierten Dienstvorgesetzten wegen des Verdachts der Straftaten sowie Duldung und Förderung von

Einlieferungsbeleg
Bitte Beleg gut aufbewahren!

Deutsche Post AG 74072 Heilbronn
85045161 4599 04.06.18 19:01

Sendungsnummer: RR 7889 4032 2DE
Einschreiben Einwurf

Generalbundesanwalt KA

Servicenummer National
0228 4333112
Mo-Fr: 8:00 - 18:00 Uhr

Internet: www.deutschepost.de/briefstatus

Versandschlusszeit überschritten.
Der Transport der Sendung beginnt
am nächsten Werktag.

Vielen Dank für Ihren Besuch.
Ihre Deutsche Post AG

